Zeitschrift: Thema-Bulletin = Bulletin thématique / Forum Helveticum
Herausgeber: Forum Helveticum
Band: 1 (2001)

Artikel: Der EU-Beitritt wird kommen - je früher, desto besser
Autor: Sutter, Kaspar
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-833109

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER EU-BEITRITT WIRD KOMMEN - JE FRÜHER, DESTO BESSER

Kaspar Sutter, Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Momentanes Verhältnis der Schweiz zur EU

Europa entwickelt sich im rasanten Tempo weiter. Die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsländer wird intensiver, die Politikfelder werden koordiniert und harmonisiert. Die osteuropäischen Staaten wollen teilhaben an diesem politischen Projekt und drängen auf einen raschen Beitritt. Mit grossem Engagement bereitet die EU diesen Beitritt vor. Die osteuropäischen Ländern rücken damit automatisch in das Hauptinteresse der EU. Die Schweiz steht daneben und betrachtet selbstverliebt diesen Integrationsprozess.

Die EU wird bei der Umsetzung ihrer Politik immer weniger Rücksicht nehmen auf die Partikularinteressen einer Aussensteherin. Volle Souveränität und eine europäische Bedeutung ist deshalb für die Schweiz nur noch innerhalb der Union möglich. Wer freiwillig den Alleingang wählt, schliesst sich selbst von der Mitentscheidung aus und verliert damit laufend an Bedeutung und geht vergessen. Ganz deutlich zeigt sich dies beim schleichenden und langsam vor sich gehenden Ratifikationsprozess der Bilateralen I.

Der Beitritt wird kommen, die Frage ist nur wann

Die Schweizer Bevölkerung, der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien wissen es genau, die Schweiz wird früher oder später Mitglied der Europäischen Union sein. Denn auch wenn gewisse rechtskonservative Parteien es noch nicht begriffen haben, die Europäische Union ist seit über fünfzig Jahren Realität und sie ist die gestaltende politische Kraft dieses Kontinentes. Die Erfolge der EU sind mannigfaltig:

- Eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Mitgliedern der EU ist undenkbar geworden;
- Europa hat sich neben Amerika und Japan zu einer Wohlstandsinsel entwickelt;
- Der Wohlstandsunterschied hat zwischen den Ländern abgenommen, da

die relativ ärmeren Länder dank der EU ein stärkeres Wirtschaftswachstum verzeichnen konnten;

- Ehemalige Diktaturen (Griechenland, Spanien und Portugal) wurden in die Gemeinschaft eingebunden und in ihrer Demokratisierung gestärkt;

- Die EU ist heute unbestrittenermassen der Motor des Integrationsprozesses. Weder der Europarat noch die EFTA vermochten diese politische Dynamik je zu konkurrenzieren. Die EU spricht nach aussen mit einer Stimmen (überall dort, wo sie gemeinsame Kompetenzen hat). Sie vermag sich in diesen Bereichen den USA entgegenzustellen;

- Das Integrationsprojekt ist ein politisches Projekt. Dieser Aspekt wurde seit 1984 verstärkt.

Wenn man davon ausgeht, dass die Schweiz einmal Mitglied der EU sein wird, gibt es keinen vernünftigen Grund, wieso damit noch abgewartet werden soll. Die wichtigen Entscheidungen über die institutionelle Ausgestaltung der Union werden jetzt gefällt und die Verhandlungsposition einer Beitrittskandidatin Schweiz ist momentan mit 15 Verhandlungspartnern besser, als wenn die Union sich schon nach Osten erweitert hat.

Auch wird der zu übernehmende Acquis communautaire mit jedem Jahr grösser. Die bürgerlichen Parteien der Schweiz, von der SVP ganz zu schweigen, haben dies noch nicht erkannt und halten deshalb verbissen am bilateralen Weg fest. Sie können aber keinen Vorteil des Abwartens erwähnen. Damit verschieben sie den EU-Beitritt in die weite Ferne und schaden damit dem Interesse der Schweiz. Aus diesem Grunde muss sich leider auch die SP Schweiz mit dem bilateralen Weg auseinandersetzen. Sie betrachtet diesen Weg nüchtern, immer mit dem eigentlichen Ziel des Vollbeitritts vor Augen.

Statische bilaterale Verträge

Der statische Vertrag zeichnet sich dadurch aus, dass man zu einem bestimmten Moment mit der Europäischen Union und seinen Mitgliedsländern einen Vertrag abschliesst, der nur in beidseitigem Einverständnis verändert werden kann. Die Bilateralen I zum Landverkehr, der Personenfreizügigkeit, etc. sind solch statische Verträge. Bei diesen Verträgen handelt es sich um Momentaufnahmen, die sich der schnellen Entwicklung des wirtschaftlichen und politischen Umfeldes nicht anpassen können. Wenn man bedenkt, wie viel Zeit

man zur Aushandlung und der noch ausstehenden Ratifikation der Bilateralen I benötigt hat, wird einem klar, wie starr und unflexibel diese Art von Verträgen ist. Statische Verträge können deshalb niemals mit dem raschen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel Schritt halten.

Dynamische bilaterale Systeme

Bei den dynamischen Bilateralen handelt es sich nicht mehr nur um reine Verträge, sondern man tritt in ein Institutionengefüge ein. Dies gewährleistet, dass die gemeinsamen Übereinkommen rascher an den gesellschaftlichen Wandel angepasst werden können. Dies wäre der Fall gewesen bei einem Beitritt zum EWR, ist es aber auch bei der jetzigen Absicht des Bundesrates im Schengen/Dublin-System mitzumachen. Der Beitritt zum Schengen/Dublin-System bringt der Schweiz in gewissen Bereichen klare Vorteile: die Wirtschaftskriminalität kann besser bekämpft werden; der Tourismus profitiert weil TouristInnen auch mit einem Schengenvisum bei uns Ferien machen können; die Zusammenarbeit der Polizei wird verstärkt, usw. Die Schweiz wird zum Zeitpunkt der Ratifikation die politischen Inhalte des Systems und damit die momentanen Vor- und Nachteile kennen. Nach dem Beitritt werden sich diese Inhalte aber weiter entwickeln, da es sich um ein dynamisches System handelt. Die Schweiz wird dann zwar bei den Verhandlungen beigezogen und angehört, aber sie kann nicht mitbestimmen. Die Koordination der schweizerischen Politik mit der europäischen wird mit einem Beitritt zwar in den Bereichen der Asylpolitik und der Inneren Sicherheit markant verstärkt, der Souveränitätsmangel bleibt aber bestehen und wird sogar vergrössert. Zwischen diesen Vor- und Nachteilen bleibt abzuwägen und die SP wird diese Bewertung nach dem Abschluss der Verhandlungen vornehmen.

Bankgeheimnis und Betrugsbekämpfung

Dass in den Bereichen des Schmuggels und der Rechtshilfe bei Steuerhinterziehung rasch eine Lösung mit der EU gefunden werden muss, ist für die SP selbstverständlich. Es kann nicht sein, dass ein Staat den illegalen Handlungen krimineller und mafioser Organisationen keinen Riegel vorschiebt. Eine Zusammenarbeit mit der EU zur Unterbindung des Zigarettenschmuggels ist deshalb eine moralische Verpflichtung.

Auch kann ein Staat, der seine Einnahmen unter anderem mit Steuern finanziert, nicht mit seinem Bankgeheimnis Steuerfluchtgelder anziehen und damit seine Nachbarstaaten um Steuereinnahmen prellen. Bei Steuerhinterziehung

muss den Nachbarstaaten Rechtshilfe geleistet werden. Dass dabei die Reziprozität gewährleistet sein muss, versteht sich von selbst. Beide Gebiete sind für die SP Schweiz keine eigentliche Europapolitik, sondern sozialdemokratisches Selbstverständnis seit Jahrzehnten.

Das Ziel ist und bleibt die Vollmitgliedschaft

Diese Ausführungen machen es klar, der bilaterale Weg ist in beiden Fällen mit Nachteilen belegt. Es kann deshalb nicht der Weg einer selbstbewussten Nation sein, die die grenzüberschreitenden Probleme in Zusammenarbeit mit seinen NachbarInnen lösen will und ein Mitspracherecht für sich beansprucht. Zusätzlich stellt sich die integrationspolitische Frage, ob wir mit diesen kleinen Schritten dem EU-Beitritt näher kommen oder ihn nicht eher hinauszögern.

Für die SP Schweiz ist es klar, dass wichtigste Ziel für unser Land und unsere Interessen ist und bleibt der raschest mögliche Beitritt zur EU.